

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/230

Bonn, den 2. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kein Proporz</u>	45

Verantwortlichkeit jedes Ministeriums bleibt klar abgegrenzt

2	<u>Drapezakt der französischen Kommunisten</u>	52
---	--	----

KPF bleibt verlängertes Arm Moskaus

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

3 - 4	<u>Ein gesamtdeutsches Anliegen (II und Schluß)</u>	79
-------	---	----

Ost-West-Handel als Ausgleich für Zonenrand

Von Klaus Rusticus

5 - 6	<u>Östpolitik als Bildungsaufgabe</u>	96
-------	---------------------------------------	----

Ein Vermächtnis von Wenzel Jaksch

+ + +

## Kein Proporz

### Verantwortlichkeit jedes Ministeriums bleibt klar abgegrenzt

sp - Die neue Bundesregierung ist entschlossen, die vor ihr liegenden Aufgaben mit klar abgegrenzten Kompetenzen der einzelnen Ministerien anzugehen. Aus diesem Grunde ist, im Gegensatz zu Koalitionsregierungen in vielen anderen Ländern, eine Vereinbarung zwischen den Koalitionsparteien getroffen worden, die den sogenannten Proporz an der Spitze der Ministerien ausschließt. Dies bedeutet praktisch: Die jeweiligen Ressortminister werden Staatssekretäre und andere hohe Beamte zur Verfügung haben, die von vornherein Gewähr für die politische Übereinstimmung mit dem "Chef des Hauses" bieten.

Es wird also nicht so sein, daß in der Spitze eines Ministeriums unter dem Minister ein Vertrauensmann der anderen Koalitionspartei tätig ist. Bei der großen Koalition in Österreich, wo die Regierungspraxis im Sinne des Proporz auch in der Spitze der Verwaltung gebildet wurde, nannte man dies das Aufpassersystem. In Bonn wird man es anders machen.

Das ist eine erfreuliche Vereinbarung zwischen den Koalitionsparteien, die damit selbst zum Ausdruck bringen wollen, daß in jeder Beziehung die Verantwortlichkeiten jedes Ministeriums klar abgegrenzt bleiben. Keineswegs hat das System der politisch homogenen Spitze eines Ministeriums etwa nur die Bedeutung einer Verwaltungsmaßnahme. Es geht dabei um sehr viel mehr. Der Minister muß wissen, auf wen er sich in seiner unmittelbaren Umgebung fachlich und politisch verlassen kann, und ebenso muß die Öffentlichkeit Gelegenheit haben, durch das Auftreten oder die Verlautbarungen eines Ministers und seiner engsten Mitarbeiter die hin und wieder vielleicht notwendig werdende politische Abgrenzung gegenüber der anderen Koalitionspartei erkennen zu können.

Bei Koalitionsregierungen in anderen Ländern ist das nicht immer möglich. Dort kann es sogar im Parlament vorkommen, daß in Abwesenheit des Ministers der einer anderen Partei angehörende Staatssekretär auf Anfragen von Abgeordneten eine Antwort gibt, die unter Umständen parteitendenziöse Färbung enthält. Besonders dann, wenn eine Legislaturperiode ihrem Ende zuneigt, wird diese Methode gelegentlich angewandt. Die Folge davon ist, daß der Bürger nicht mehr übersehen kann, wer die politischen Akzente gesetzt hat. Für den Minister selbst ist die Revision eines derartigen Vorganges sehr schwierig, weil die Fandlungsweise des betreffenden Staatssekretärs natürlich immer wieder von "seiner" Partei abgedeckt wird. Wenn trotzdem dann der Friede im Ministerium selbst und im Kabinett wieder hergestellt wird, muß der Bürger schließlich resignieren und den Eindruck gewinnen, als handelten "die da oben" alles hinter verschlossenen Türen unter sich aus.

Diesen Fehler will die neue Bundesregierung nicht machen. Die sie tragenden Parteien sind sich bewußt, daß auch bei einer großen Koalition die parlamentarische Demokratie nur bei klarer Abgrenzung der politischen und sachlichen Aufgaben eines Ministeriums funktionieren kann.

## Trapezakt der französischen Kommunisten

---

### KPF bleibt verlängerter Arm Koskaus

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Salonfähigkeit der KPF hat in den letzten Monaten im gaullistischen Frankreich große Fortschritte gemacht: sie dürfte mit Kossygin erscheinen in Elysée perfekt werden. Ein Blick in die gaullistische und in die kommunistische Presse Frankreichs beweist heute schon, wie weit die Annäherung gediehen ist.

So wurden die französischen Atomexplosionen im Pazifik von den französischen Kommunisten mit großer Gelassenheit quittiert, im Gegensatz zu früheren Protesten gegen Frankreichs Bruch des Moskauer Atomstopabkommens. Hingegen wurden amerikanische Bombenangriffe auf Nordvietnam mit sofortigen kommunistischen Kundgebungen vor der amerikanischen Botschaft in Paris quittiert, mit ausgesprochener Duldung durch die französische Polizei. - Mit anderen Worten, die KPF konzentriert ihre Angriffe jetzt immer mehr auf bestimmte Aspekte der amerikanischen Außenpolitik und befindet sich dabei in weitgehendem Einklang nicht nur mit dem Kreml, sondern auch mit dem Elysée. De Gaulles Politik hingegen erhält von den französischen Kommunisten entweder offenen Beifall oder nur milden Tadel.

Die zunehmende Salonfähigkeit der Kommunistischen Partei Frankreichs wirkt auf die Franzosen nicht außergewöhnlich. Eine Meinungsfrage ergab kürzlich, daß die meisten Franzosen, also auch Nichtkommunisten, eine Regierungsbeteiligung der KPF unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren. Man darf nicht vergessen, daß die KPF an den ersten Regierungen de Gaulle aktiv beteiligt war und erst infolge des Kalten Krieges aus der Regierungskoalition ausschied.

Nachdem das Ende des Kalten Krieges in den französisch-sowjetischen Verträgen dieses Jahres protokollarisch besiegelt wurde, steht einer Wiederbeteiligung der KPF grundsätzlich nichts mehr im Wege. Es handelt sich nur noch um eine entsprechende politische und psychologische Vorbereitung der öffentlichen Meinung, nicht zuletzt der kommunistischen Mitgliedschaft.

Die neue Haltung der KPF entspricht einer Taktik, die gegenwärtig in allen westeuropäischen Ländern praktiziert wird. Allerdings stellen sich den französischen Kommunisten eine Reihe von besonderen Problemen. Innenpolitisch sind sie mit den Parteien der demokratischen Linksopposition "benachbart" und bemühen sich immer noch in offenen Briefen an Mitterrand, eine Art "Einheitsfront" oder wenigstens taktische Wahlkoalitionen zustandezubringen. Außenpolitisch sind sie aber von diesen demokratischen Links- und Mittelparteien durch eine Kluft getrennt und befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft mit den Gaullisten, die sie ursprünglich als "reaktionär", ja sogar als "faschistisch" bekämpften.

Wäre die KPF wirklich eine unabhängige französische Linkspartei, selbst in "nationalkommunistischem" Sinne, so würde sie bei aller Sympathie für die Sowjetunion, die innenpolitischen Interessen der französischen Arbeitnehmer voranstellen und auf alle Fälle mit den anderen Oppositionsparteien Front gegen General de Gaulle machen können. Da die KPF-Führung aber nach wie vor in voller Abhängigkeit von Moskau geblieben ist - in weitaus höherem Maße als andere kommunistische Parteien Westeuropas und sogar Osteuropas (z.B. Rumänien) - ist sie jetzt bereits im Begriff, im Anschluß an die Moskauer Verträge zwischen de Gaulle und Podgorny anzusetzen. De Gaulles Visite im Kreml hat diese innenpolitische Entwicklung beschleunigt. Kossygin's Besuch in Elysée soll sie besiegeln.

## Ein gesamtdeutsches Anliegen (II und Schluss)

### Ost-West-Handel als Ausgleich für Zonenrand

Von Klaus Rusticus

Der westdeutsche Zonenrand erwartet von einer neuen Bundesregierung nicht allein mehr Impulse und gezieltere Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung des vorhandenen "Ost-West-Gefälles", sondern auch neue Initiativen mit dem Ziel eines verstärkten Ost-West-Handels. In Kreisen der westdeutschen Zonenrandwirtschaft erblickt man darin einen wesentlichen Faktor des Ausgleichs im Hinblick auf die durch Standortnachteile gegebenen Wettbewerbsnachteile in der EWG und schließlich auch eine Belebung der gebietsweise ziemlich eingefrorenen industriellen Ausgleichsbestrebungen.

### 20 DM pro Tonne Rohstahl mehr Fracht

"Die Lage im Zonenrand zwingt, viele Nachteile zu verkraften", erklärte das Vorstandsmitglied der bundeseigenen Salzgitter AG, Dr. Paul Bleiss (im letzten Bundestag Vorsitzender des Verkehrsausschusses). Nach seinen Worten fallen durch die Randlage innerhalb der EWG z.B. für die Salzgitter-Hütte 20 DM pro Tonne Rohstahl durch höhere Frachttarife mehr, als z.B. für die Hütten an Rhein und Ruhr, an.

Jeder, der auch nur etwas mit der Materie vertraut ist, vermag bei der zu erwartenden Mengenkonzunktur zu beurteilen, wie hart der Existenzkampf für ein Unternehmen werden muß, das derartigen Frachtnachteilen unterworfen ist.

### Krisenanfälliger als das übrige Bundesgebiet

Antliche Zahlen der Industrie- und Handelskammer Braunschweig (federführende Kammer der Arbeitsgemeinschaft der Zonenrandkammern) unterstreichen die Erkenntnis, daß die Zonenrandwirtschaft krisenanfälliger als die Wirtschaft im übrigen Bundesgebiet ist:

- \* Während z.B. die Industrieumsätze im Bundesgebiet im III. Quartal 1966 noch um 5,8 Prozent stiegen, erhöhten sie sich in der Zonenrandwirtschaft des südöstlichen Niedersachsens nur um 1,6 Prozent.
- \* Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Exportumsätze in diesem Zonenrand nur um 5,3 Prozent, im Bundesgebiet dagegen um 11,6 Prozent und in ganz Niedersachsen um 9,4 Prozent.
- \* In der gleichen Zeit wurden in diesem Zonenrandgebiet 5,7 Prozent weniger Arbeitsstunden als im Vorjahr geleistet (im Bundesgebiet minus 2,9 Prozent).

### Es gibt noch industrielle Ausgleichsmöglichkeiten

Der Präsident der Handwerkskammer Braunschweig appellierte an die Bundesregierung, die "Zonenrandförderung mindestens in der

bisherigen Form fortzusetzen. Nach seinen Worten gibt es im Zonen-  
grenzraum noch "gute Entwicklungsmöglichkeiten, um das bestehende  
wirtschaftliche Gefälle zu anderen Bundesländern auszubauen".

Offensichtlich ging man bisher in Bonn bei der Zonenrandpolitik  
von falschen Erkenntnissen aus:

- \* Falsch ist es, aus Durchschnittswerten allgemeiner verbindliche  
\* Prognosen für den gesamten westdeutschen Zonenrand abzuleiten  
\* (Beispiel: Ende 1965 betrug die Bevölkerungsdichte im nieder-  
\* sächsischen Zonenrand 171 Personen je Quadratkilometer und im  
\* Bundesgebiet 238 je qkm, dagegen im ganzen Land Niedersachsen  
\* nur 145/qkm. Das beweist die Beeinflussbarkeit durch Schwerpunkte.  
\* vermittelt aber für den Zonenrand keine gleich positive Global-  
\* aussage).
- \* Falsch ist es ferner, wirtschaftliche Durchschnittswerte für  
\* den Zonenrand als allgemeingültig zu bezeichnen. (Beispiel:  
\* Unter Einbeziehung des Schwerpunkts "VW-Stadt Wolfsburg" über-  
\* traf die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts je Einwoh-  
\* ner im niedersächsischen Zonenrand die Steigerung in ganz Nie-  
\* dersachsen, bei Ausklammerung von Wolfsburg liegt sie aber  
\* deutlich unter dem Landesdurchschnitt).

Analog hierzu muß gefolgert werden, daß die Entwicklungstendenzen  
im gesamten Zonenrandgebiet oft höchst differenziert waren und mit-  
hin auch Förderungsmaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip falsch sein  
müssen.

Die Förderung arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkte und anderer  
Gebiete kann nicht nach einem allgemeingültigen "Verteilerschlüssel"  
erfolgen. Wirtschaftliche Schwerpunkte in einem überwiegend agrar-  
wirtschaftlich strukturierten Bundesland wie z.B. Niedersachsen ver-  
langen gezielte Hilfsmaßnahmen, die sich mit den Förderungen der  
übrigen Gebiete um diese Schwerpunkte ergänzen.

Das setzt eine klare Strukturpolitik voraus. Auf diese aufbauen  
muß eine "summarische Infrastruktur" folgen.

#### In größeren Regionen denken und handeln...

Will man in Zukunft mehr als bisher in der Zonenrandpolitik ein  
gesamtdeutsches Anliegen sehen, dann bedarf es der Verwirklichung  
mancher Vorstellung, wie sie die sozialdemokratische Bundestagsfreak-  
tion entwickelte. Ihre Konzeption der Zonenrandpolitik fußte auf  
größeren Regionen, weniger aber auf lokalen Tendenzen.

In größeren Regionen bei der Zonenrandpolitik denken und handeln  
setzt auch die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen voraus, wie sie z.B.  
von dem Bundesvermögensausschußvorsitzenden Hans-Jürgen Junghens  
(SPD) seit Jahren gefordert werden. Die Wirtschaftspolitik für den  
westdeutschen Zonenrand muß ferner frei sein von politischen Resen-  
timents, wie sie z.B. den Ost-West-Handel negativ beeinflussen.

Im Zonenrand erwartet man auch in dieser Hinsicht von der neuen  
Regierung in Bonn eine neue Marschroute.

## Ostpolitik als Bildungsaufgabe

---

Ein Vermächtnis von Wenzel Jaksch

- \* Folgender Beitrag ist der letzten Schrift des so tragisch ums \*
- \* Leben gekommenen Wenzel Jaksch: "Gedanken zur Ostpolitik" ent- \*
- \* nommen. Seine Vorschläge zu einer konstruktiven Ostpolitik \*
- \* und zur Verständigung mit den osteuropäischen Völkern sind das \*
- \* Beste, was zu dieser Frage bisher veröffentlicht wurde. \*

Die geistigen Träger einer konstruktiven deutschen Ostpolitik müssen einen Mittelweg zwischen der Herder'schen Idealisierung unserer Ostnachbarn und einem anti-östlichen Mißtrauenskomplex finden. Weder emotionale Freundschaften noch abgründige Skepsis können gute Lösungen vorbereiten. Der Mut zur Vertretung des eigenen Standpunktes ist in jeder Auseinandersetzung mit dem starken Geltungsbedürfnis aufstrebender Völker unerlässlich. Ihre Vorliebe für die Dramatisierung politischer Gespräche ist als gegebene psychologische Komponente in Kauf zu nehmen. Wir dürfen vor allem jene wertvollen Partner nicht enttäuschen, die bei den Vertretern eines freiheitlichen Deutschlands Sachkenntnis, Festigkeit in der Anschauung und Zielsicherheit voraussetzen. Sprachliche Vielseitigkeit ist ein Vorteil. Junge Deutsche, die sich für Fragen der Ostpolitik interessieren, sollten auch Sprachen und Wesensart der osteuropäischen Völker studieren und einen Mindestwortschatz jener Länder beherrschen, die sie jeweils besuchen. Die Rolle des Russischen als der Verkehrssprache des Ostblocks ist nicht zu übersehen; doch kann man von der guten Kenntnis einer slawischen Sprache ausgehend leichter die anderen slawischen Sprachen erlernen. Je schwieriger die Sprache eines kleineren Volkes ist - etwa Ungarisch oder Finnisch -, desto größer die Freude über den Fremden, der sie beherrscht. Aus diesen Voraussetzungen ergeben sich für deutsche Dialogpartner vielfältige Bildungsaufgaben; um nur einige zu nennen:

- \* a. Die Völker des Ostblocks leben im Bannkreis der russischen Geschichte. Die Kenntnis der wesentlichen Tatbestände des vorrevolutionären Rußland, der Revolutionsereignisse und der Phasen der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gehört daher zur Dialogfähigkeit.
- \* b. Die kommunistische Erziehung stellt den Ablauf der Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen dar. Ihr kann man nur ein besseres historisches Wissen entgegensetzen, welches auch die religiösen, geistigen und ethischen Komponenten des Geschichtsverlaufes umfaßt. Die Vorbildleistungen des Westens etwa auf dem Gebiete der Menschenrechts-Postulate, der Sozialreform und der Frauen-Emanzipation brauchen nicht verschwiegen zu werden.
- \* c. Unter der Oberfläche der politischen Gleichschaltung sind die Mentalitäten der Völker Ostmitteleuropas und Südosteuropas als Ergebnis tausendjähriger historischer Frügungen weitgehend erhalten geblieben. Jedes dieser Völker hat seine Kleingeschichte, die von der nationalistischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts entsprechend ausgeschmückt worden ist. Ein wichtiger Ausgleich dazu ist daher die Kenntnis der überregionalen Großvorgänge, welche die Schicksale dieser Völkergruppe bestimmen (z.B. der Einfluß des weströmischen Christentums und der oströmischen Orthodoxie, Mongolenstürme, Türkenherrschaft und Abwehrkämpfe).

- \* d. Das Dasein zwischen den Machtzentren des Westens und des Ostens
- \* hat diesen Völkern Perioden der Eigenständigkeit geschenkt, die
- \* mit Zeiten der Abhängigkeit-von größeren Machtgruppierungen wech-
- \* selten. Seit 1945 ist das Geschehen in diesem Teil Europas den
- \* Gesetzen einer alles überragenden Blocksituation unterworfen.
- \* Ausgangspunkt jeder Entspannung und Verständigung ist daher das
- \* Dreieck-Problem Westeuropa - Osteuropa - Sowjetunion. Erst aus
- \* dieser Sicht ergibt das Eingehen auf die nationalen Differenzie-
- \* rungen Aufschlüsse für die praktische Politik. Das Kriterium der
- \* Situation in Polen ist z.B. nicht der "Liberalismus" des Gomulka-
- \* Regimes, sondern die tiefe Verwurzelung des Katholizismus im Vol-
- \* ke. Die Stärke des religiösen Widerstandes und ungelöste Sozial-
- \* probleme zwingen das Regime Gomulkas zur engen Anlehnung an die
- \* Sowjetunion. In der Tschechoslowakei hingegen, zumindest in Böh-
- \* men und Mähren, hat der Kommunismus die katholische Kirche in eine
- \* verzweifelte Defensive gedrängt, während dieselbe Kirche in der
- \* Slowakei das Rückgrat eines Volkswiderstandes bildet. Daneben be-
- \* stimmen auch die wirtschaftlichen Strukturverhältnisse den Abhän-
- \* gkeitsgrad der einzelnen Länder von der Sowjetunion. Rumänien
- \* kann seine Industrialisierung aus eigenen Rohstoffquellen finan-
- \* zieren. Das rohstoffarme Ungarn ist hingegen viel stärker an Mos-
- \* kau gebunden.

Der Begriff "Osteuropa" umfaßt somit die politische Schicksalsge-  
meinschaft von fast 100 Millionen Europäern östlich des Eisernen Vor-  
hanges. Dabei sind die geschichtlichen, wirtschaftlichen und sozial-  
kulturellen Voraussetzungen des sowjetischen Gesellschaftssystems von  
Land zu Land verschieden, wenn man z.B. den industriellen Entwick-  
lungsstand Mitteldeutschlands und Bulgariens in Vergleich setzt. Die  
deutsche Ostpolitik muß von einer Gesamtübersicht über die Vorgänge  
im nichtrussisch-europäischen Sektor des Ostblocks ausgehen, zugleich  
aber die Differenzierungen etwa in der Entwicklung Polens, Rumäniens  
und Jugoslawiens mit minutiöser Genauigkeit verfolgen. Das bedeutet  
eine stärkere Orientierung unseres politischen Denkens. Wenn wir  
uns innerlich zu sehr nach dem Westen orientieren, werden wir schwer-  
lich eine von starken Impulsen getragene Ostpolitik führen können.  
Aus der Teilung Deutschlands erwächst die Gefahr, daß der "Westen"  
zu sehr amerikanisiert und "Ostdeutschland" zunehmend russifiziert  
wird. Die geistige Abwehr solcher scheinbarer Zwangsläufigkeiten  
kann nur von der Position der europäischen Mitte geführt werden.  
Dies bedeutet, daß uns die Sowjetunion und China ebenso sehr inter-  
essieren müssen wie die angelsächsischen Verbündeten. Polen ver-  
dient nicht weniger Interesse als Frankreich. Böhmen-Mähren lie-  
gen einem ungeteilten Deutschland näher als die Schweiz. Schließ-  
lich ist auch der Donaauraum für unsere Zukunft nicht von geringe-  
rer Bedeutung als Italien. Mit einer ganzen Reihe guter Ostinsti-  
tute haben wir in der Bundesrepublik wesentliche Voraussetzungen  
für die geistige Durchdringung der Ostprobleme geschaffen. Aus die-  
sen Quellen können Parteien, Regierung und Bildungswesen reiches  
Ostwissen schöpfen und damit zur Überwindung der "Ostblindheit"  
des Westens beitragen.